

Der Rücktritt des Ministeriums Clam-Martinic — endgültig.

Ein Übergangministerium in Aussicht.

Wien, am 21. Juni.

Die Fäden, die gestern schon geknüpft zu werden schienen, sind heute wieder den Händen, die sie hielten, entglitten und der Abend des heutigen Tages hat die parlamentarische Lage wieder in das Ungewisse und Uferlose zurückgestürzt. Die Vereinbarungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien, gestern in den Grundzügen schon gesichert, empfingen heute einen plötzlichen Stoß durch die Erklärung der Polen, daß sie nicht genehmigt seien, in ein Konzentrationskabinett einzutreten, in dem eine große slavische Partei fehle. Das war eine Schwankung in der Richtung der Tschechen, die bei der bekannten Haltung der letzteren allen weiteren Versuchen einer Umbildung des Ministeriums Clam-Martinic ein Ende bereiten mußte.

Graf Clam-Martinic hat deshalb noch heute abend dem Kaiser die Bitte unterbreitet, die bereits überreichte Demission des Gesamtkabinetts zu genehmigen und eine andere Persönlichkeit mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Es wird sich zeigen, ob der nun vor sich gehende Personenwechsel eine Erleichterung für die notwendige rasche Ordnung der Dinge bedeutet. Manche glauben es. Sicher war es ein Fehler, daß das Abgeordnetenhaus eröffnet wurde, bevor ein festes Arbeitsprogramm unter Solidarhaftung aller großen Parteien vereinbart worden war; dieser Regierfehler wäre aber nicht entscheidend gewesen, wenn in einzelnen Parteien mehr ernstlicher Wille zu einträchtiger Arbeit und mehr Verständnis für den Ernst der Stunde vorhanden gewesen wäre. Das Unternehmen, die vorhandenen Mängel an Organisation und gutem Willen durch ein Konzentrationsministerium zu überbrücken und die verschiedenen nationalen Gruppen durch Minister ohne Portefeuille am Kabinett zu beteiligen, schien gestern abend zu gelingen; heute aber schlossen sich vormittags schon die Südslaven mit den Tschechen zu einer Vereinbarung zusammen, die gemeinsamen Eintritt oder gemeinsame Abkehr zur Lösung gegenüber dem Konzentrationskabinett machte, und als nun an den Polenklub die Entscheidung herantrat, seinen Absichten zu folgen und sich von den beiden andern Gruppen zu trennen, wich er zurück, ließ heute abend die bisherigen Vereinbarungen fallen und brachte damit den Plan der Umbildung des Kabinetts Clam-Martinic zum Sturze. Die maßgebenden unmittelbaren Motive für diese Geschehnisse liegen, wie der Ministerpräsident selbst bekannte, auf persönlichem Gebiete und er begründete auch mit jener ruhigen Offenheit, die sein Wesen auszeichnet, seinen Rücktritt damit, daß er den Eindruck habe, es sei seine eigene Person ein Hindernis der Entwirrung und deshalb halte er sich verpflichtet, der Ordnung durch eine geeignete Hand nicht den Platz zu verstellen.

Graf Clam-Martinic hat sich mit großem Freimuth als ein Anhänger der Otkroierung der bekannten „Voraussetzungen“ erklärt und dies verziehen ihm in der Tat jene Parteien, die diese Voraussetzungen nicht wollen, auch dann nicht, als er versicherte, die parlamen-

tarische Erledigung dieser Staatsnotwendigkeiten anstreben zu wollen.

Es wird nun voraussichtlich zunächst ein Übergangministerium zur vorläufigen Fortsetzung der notwendigen Geschäfte gebildet werden, das die Aufgabe haben wird, eine dauernde Arbeitsmehrheit und eine definitive Regierung vorzubereiten. Als positive Elemente, die in den letzten Tagen ermittelt wurden, kommen dabei folgende Umstände in Betracht:

Die Polen erklären unter bestimmten wirtschaftlichen Zugeständnissen, die schon soviel wie vereinbart sind, die Arbeitsmehrheit bilden zu helfen.

Südslaven und Ruthenen haben in den Verhandlungen und in den parlamentarischen Ausschüssen gestern und heute wiederholt erklärt, die Herstellung der parlamentarischen Ordnung und die Erledigung der Staatsnotwendigkeiten ermöglichen zu wollen.

Die deutschen Parteien waren bereit, mit diesen Gruppen ein Konzentrationskabinett zu bilden.

Einer geschickten parlamentarischen Diplomatie mußte es gelingen, nun, da mit dem Rücktritte des Grafen Clam-Martinic gewisse persönliche Reibungen beseitigt sind, mit diesen positiven Tatsachen etwas anzufangen. Das Abgeordnetenhaus hat jetzt ganz freie Hand, sich die Neuordnung — wenn es überhaupt eine will — einzurichten. Keine Person, kein übernommenes Programm stört mehr. Jetzt ist die Probe darauf zu machen, wie viel Talent und guter Wille im Abgeordnetenhaus lebendig sind. Eine Enttäuschung, die jetzt käme, wäre noch ernster, als die erste.